

## ANALYSE DES HANDELS- UND KOOPERATIONSABKOMMENS ZWISCHEN DER EU UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH (TCA)



### 1. Neuer Status zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Das Abkommen ist **kein Ersatz für eine EU-Mitgliedschaft**. Anders als bei anderen Abkommen geht es im TCA nicht darum, zwei Märkte zusammenzuführen, sondern eine eng verwobene Einheit zu trennen. Das ist in dieser Form einzigartig. Dadurch entstehen **neue Hindernisse** u.a. im Handel mit Waren und Dienstleistungen oder der grenzüberschreitenden Mobilität, die es bisher nicht gab.

Derzeit wird das Abkommen vorläufig angewendet, da die Mitgliedstaaten und auch das Europäische Parlament den Vertrag noch genauer prüfen wollen. Die Kommission steht dem Parlament und den Mitgliedstaaten zu regelmäßigen Aussprachen zur Verfügung, um auf die offenen Fragen, Unklarheiten und Verweise auf spätere Verhandlungen in einzelnen Bereichen des Abkommens einzugehen.



### 2. Partnerschaftsrat

Da das TCA nicht bloß ein Freihandelsabkommen ist, sondern auch Bestimmungen über u.a. Verkehr, Strafverfolgung und justizielle Zusammenarbeit, Gesundheitssicherheit, Cybersicherheit und soziale Sicherheit enthalten sind, ist ein **horizontaler Rahmen** nötig, um alle Aspekte des Abkommens durchsetzen zu können. Um **mehr Kohärenz und Transparenz** zu schaffen, sollen Parallelstrukturen und übermäßige Bürokratie vermieden werden.

Ein Partnerschaftsrat wurde als **gemeinsames Gremium** eingerichtet, um die **Implementierung** des Abkommens zu **verwalten**. Dieser soll mindestens einmal jährlich zusammentreffen. Den europäischen Vorsitz nimmt Vizepräsident der EU Kommission **Maroš Šefčovič** als Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen ein. Sein Pendant auf britischer Seite ist **David Frost**.

Der Partnerschaftsrat kann mit allen Fragen im Zusammenhang mit **Umsetzung, Anwendung** und **Auslegung** des Abkommens befassen werden. Er wird durch **Sonderausschüsse** und **technische Arbeitsgruppen** unterstützt.



### 3. Horizontaler Streitbeilegungsmechanismus

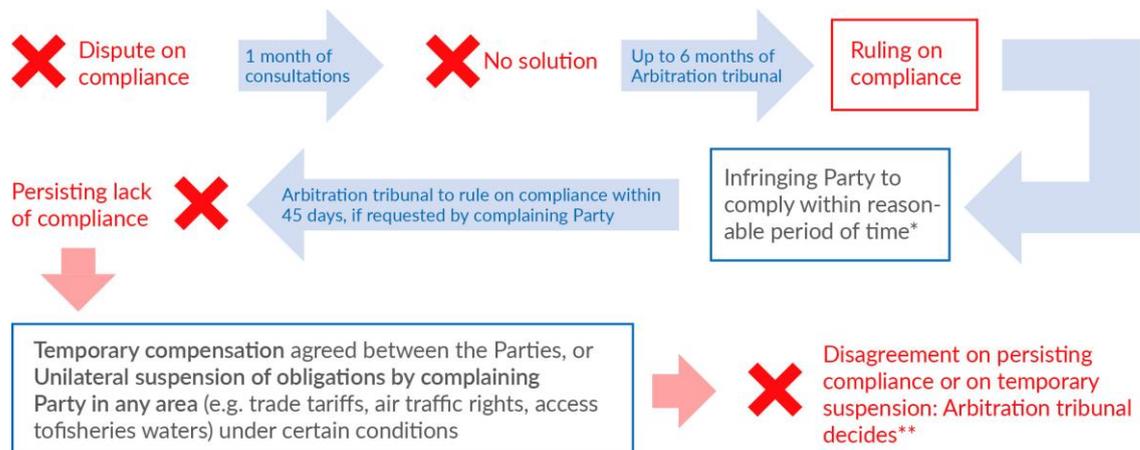
Der Europäischen Gerichtshof (EuGH) wurde im Einklang mit dem völkerrechtlichen Charakter des TCA durch einen schiedsgerichtlichen Streitbeilegungsmechanismus ersetzt.

Dieser **Streitbelegungs- und Durchsetzungsmechanismus** kombiniert Elemente des politisch-diplomatischen Ausgleichs mit schiedsgerichtlicher Streitbeilegung. Politische Konsultationen und einvernehmliche Konfliktlösungen zwischen den Parteien sollen dem Entscheid im Schiedsverfahren vorgehen. Die Durchsetzung der Schiedssprüche erfolgt durch einseitige Umsetzungsmaßnahmen der Parteien, die wiederum in einem Schiedsverfahren beanstandet werden können.

Dieser **Mechanismus deckt Streitigkeiten in vielen Bereichen ab**, inklusive Handel, Wettbewerbsbedingungen, Koordinierung der sozialen Sicherheit, Energie oder Verkehr. **Andere Teile des Vertrags** sind allerdings von dessen Anwendungsbereich ausgeklammert, zB Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung und Justiz hinsichtlich Strafsachen. Diese werden **durch Verweise ins Unionsrecht** und damit durch die **Rechtsprechung des EuGHs** konkretisiert. Auch im Zusammenhang mit Bereichen, in denen das Vereinigte Königreich noch an EU-Programmen partizipiert (bspw Horizont Europe), verbleibt die Kompetenz beim EuGH. Entscheidungen des EuGHs sind für das Vereinigte Königreich nicht bindend, wirken sich aber auf die Beziehungen der Vertragsparteien aus.

Das zu konstituierenden **ad hoc Schiedsgericht** besteht aus **drei SchiedsrichterInnen**, die aus einer Liste von möglichen SchiedsrichterInnen gewählt werden. Wenn es um Entscheidungen im Bereich **Standards und Normen** geht, wird anstelle des Schiedsgerichts ein **Expertengremium** berufen.

### The Dispute Settlement Mechanism: A simplified overview



\*40 days max to determine reasonable period of time + reasonable period of time

\*\*30 days for Arbitration tribunal to rule on temporary suspension (proportionality / compatibility with principles), 45 days for Arbitration tribunal to rule on compliance

Europäische Kommission, 2021

**Elemente der Streitschlichtung** sind zunächst **Konsultationen** im Rahmen des Partnerschaftsrats oder eines Sonderausschusses. Die Fristen dafür sind knapp bemessen. Bleibt diese Konsultation erfolglos, kann ein **Schiedsverfahren** unter Einberufung eines Schiedsgerichts eingeleitet werden. Darüber entscheidet die beschwerdeführende Partei.

Das Schiedsgericht legt den Parteien einen **Zwischenbericht** vor. Jede Partei kann das Gericht um die Überprüfung konkreter Aspekte des Zwischenberichts ersuchen. Innerhalb von 130 Tagen nach seiner Einsetzung gibt das Schiedsgericht eine **Entscheidung** bekannt.

Eine Beteiligung von natürlichen und juristischen Personen im Verfahren kann nur im Wege eines Amicus Curiae ohne eigenständige Verfahrensrechte erfolgen. Der Schiedsspruch begründet keine Rechte und Pflichten für natürliche und juristische Personen, sondern nur für die Vertragsparteien, als die EU und das Vereinigte Königreich.

Im TCA ist eine **Umsetzungspflicht** verankert. Wird der Schiedsspruch nicht umgesetzt, kann die beschwerdeführende Partei den Gegner dazu auffordern. Falls die Umsetzung unmöglich ist, kann ein „Angebot für einen vorübergehenden Ausgleich“ vorgelegt werden. Für den Fall, dass keine Einigung gefunden werden kann, oder kein Angebot vorgelegt wird, gibt es **Abhilfemaßnahmen**, insbesondere die **Aussetzung von Verpflichtungen** aus dem Abkommen.

Wenn keine Einigung innerhalb einer angemessenen Frist erreicht wird, kann die beschwerdeführende Vertragspartei ihre **vertraglichen Verpflichtungen aussetzen** (zB Einführung von Zöllen), bis die andere Seite der Entscheidung des Schiedsgerichts nachkommt.

Bei einem Verstoß gegen das TCA, der zugleich einen Verstoß gegen ein WTO-Übereinkommen darstellt, kann die beschwerdeführende Vertragspartei zwischen den Streitschlichtungsforen wählen.

Für die **Sicherstellung** der **Einhaltung** der **Standards**, tritt in Ergänzung zum allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus ein **Expertengremium** an die Stelle des Schiedsgerichts zusammen. Entscheidend ist dabei, inwiefern sich die Maßnahmen der Parteien auf den Handel und Investitionen auswirken. Wenn es zu erheblichen Abweichungen der Standards in den Bereichen Umwelt-, Klima-, Sozial- und Arbeitsschutz und Subventionskontrolle im Vereinigten Königreich und der EU kommt, können **Ausgleichsmaßnahmen** eingeleitet werden, die wiederum schiedsgerichtlich überprüfbar sind.



#### 4. Handel zwischen dem Vereinigten Königreich & Nordirland basierend auf dem Nordirlandprotokoll

Waren, die aus **Großbritannien nach Nordirland** kommen, gelten nun als **Einfuhren**. Daher muss der **Besitzstand der EU** (inklusive EU-Zollkodex, der Rechtsvorschriften für Warenverkehr, Vorschriften für Vermarktung sowie für Mehrwert- und Verbrauchsteuer) für alle Waren aus Großbritannien schon in Nordirland eingehalten werden. Diese Waren müssen den **EU-Produktvorschriften** entsprechen und unterliegen daher entsprechenden **Prüfungen und Kontrollen**.

Um das Karfreitagsabkommen und die wirtschaftlichen Beziehungen auf der gesamten Insel zu schützen, muss eine **harte Grenze auf der irischen Insel vermieden** werden. Die politischen Spannungen im Zusammenhang mit Exportkontrollen der Impfstofflieferungen haben die heikle Situation an Grenzübergängen auf der irischen Insel nochmal deutlich gemacht.



#### 5. Warenverkehr

Die enthaltenen Regeln gehen **weiter als** die üblichen Verpflichtungen im Rahmen der **WTO**. Das Abkommen sieht **Vermeidung** von **Zöllen und Kontingente** für Waren und **Begrenzung** der **Gebühren** vor, die der Zoll für erbrachte **Dienstleistungen** erheben darf.

Doch **selbst mit dem Abkommen** werden die Unternehmen auf beiden Seiten **nicht so nahtlos** handeln können wie bisher und mit **neuen Handelshemmnissen** konfrontiert sein, bspw müssen **alle Importe** den **Vorschriften** der **einführenden Vertragspartei** genügen und unterliegen entsprechenden **Zollformalitäten**.

[Informationen der EU-Kommission zu Zoll und Präferenzursprung](#)

### Neue Zollkontrollen und Zollformalitäten

Für den **Handel** mit einem **Drittstaat** ist eine **Registrierung des Unternehmens** bei der **nationalen Zollbehörde** erforderlich ([EORI Antragsverfahren](#)). Das Unternehmen erhält eine **EORI-Nummer** für den **internationalen Warenverkehr**. Das „Economic Operators and Identification System“ ist ein globales System der Zollverwaltung zur Registrierung und Identifizierung von Unternehmen und Privatpersonen und wird beim Informationsaustausch mit Behörden verwendet. Die Registrierung nimmt einige Tage bis Wochen in Anspruch.

Es wird beiderseits noch nach **innovativen Lösungen gesucht**, um trotz Achtung der internen Vorschriften die Abwicklung der Zollverfahren und den Informationsaustausch in Zollfragen zu vereinfachen.

### Ursprungsregeln

Ursprungsregeln sind **wesentlicher Bestandteil jeder Freihandelszone**. Sie bestimmen die „wirtschaftliche Staatszugehörigkeit“ von Waren, die unter Verwendung von Bauteilen oder Materialien produziert wurden, die nicht aus dem Binnenmarkt stammen.

Mit diesen Regeln wird sichergestellt, dass Waren, für die die Bedingungen eines Freihandelsabkommens gelten, vollständig im Rahmen der Freihandelszone (EU & VK) hergestellt wurden – bzw. in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet wurden. So soll gewährleistet werden, dass das TCA ausschließlich den Wirtschaftsbeteiligten in der Freihandelszone zugutekommt und Umgehungen verhindert werden.

Für **präferenziellen Warenverkehr** ist eine [Registrierung als Registrierter Ausführer \(REX\)](#) erforderlich. Als **Nachweise** für die Präferenzursprungseigenschaft dient eine **Ursprungserklärung**. Kann kein präferenzialer Ursprung nachgewiesen werden, gelten die normalen EU-Zollsätze für Drittstaaten. Exporteure können den **Ursprung** der Waren **selbst bescheinigen**, wodurch es für Händler einfacher ist, den Ursprung ihrer Erzeugnisse nachzuweisen.

Für die **vorübergehende Ein- und Ausfuhr** kann ein [Carnet ATA](#) verwendet werden.

### Keine diagonale Kumulierung

Bei Export von Waren aus der EU in Länder, mit denen ein EU-Handelsabkommen besteht, muss der **britische Anteil herausgerechnet** werden. Da keine **weiteren Handelsabkommen** im Rahmen der Erarbeitung des TCA nachverhandelt wurden, hat das **Vereinigte Königreich keine Mitgliedschaft** in diesen Abkommen und kommt daher nicht in den Genuss sich daraus ergebender Vorteile.

### Standards und Normen

Das Abkommen enthält eine Reihe von Bestimmungen zur **Vermeidung technischer Hemmnisse** bzw. zur Vereinfachung der Konformitätsbewertungsverfahren für den Nachweis der Einhaltung der Anforderungen. Außerdem einigten sich die Vertragsparteien auf **gemeinsame Anwendung internationaler Normen** um sicherzustellen, dass die Produktnormen und technischen Vorschriften beider Seiten auf denselben internationalen Grundlagen beruhen. Das „**Recht auf Regulierung**“ beider Seiten bleibt allerdings erhalten.

Die EU und das Vereinigte Königreich sind nun allerdings **getrennte Regulierungs- und Rechtsräume**. Daher müssen alle aus der EU in das Vereinigte Königreich exportierten Waren den technischen Vorschriften des Vereinigten Königreichs entsprechen – und vice-versa.

Für **manche Branchen** wurden **spezifische Vereinbarungen** getroffen, um den bilateralen Handel sowie die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zu erleichtern.

#### Automobilbranche:

- Angleichung der Rechtsvorschriften nach internationalen technischen Normen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE)
- Kooperation zur Förderung einer stärkeren internationalen Harmonisierung der technischen Anforderungen
- Zusammenarbeit bei der Marktüberwachung zur Ermittlung und Beseitigung von Konformitätsmängeln bei Kraftfahrzeugen
- Kooperation in der Forschung bzgl Verringerung der Emissionen und neuer Fahrzeugtechnologien

#### Pharmabranche:

- Anerkennung der Ergebnisse von Inspektionen, die von den Behörden der anderen Vertragspartei durchgeführt wurden – um doppelte Kontrollen bei Arzneimittelherstellern zu vermeiden

#### Chemikalien:

- Zusammenarbeit in Regulierungsfragen und transparente Verfahren für die Einstufung von Stoffen
- Verpflichtung beider Seiten zur Anwendung des Global Harmonisierten Systems der UN zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien sowie wissenschaftlicher und technischer Leitlinien internationaler Organisationen



## 6. Dienstleistungen und Investitionen

Dienstleister aus dem Vereinigten Königreich sind **nicht mehr automatisch** berechtigt, **Dienstleistungen** in der **gesamten EU anzubieten**. Zukünftig müssen britische Dienstleister die Vorschriften des jeweiligen Mitgliedstaats einhalten in dem sie tätig sein möchten. Genehmigungen, die in einem Mitgliedstaat erteilt wurde, ermöglichen nicht mehr den Zugang zum gesamten EU-Binnenmarkt. Alternativ können sie sich in der EU **niederlassen**, um im **gesamten Binnenmarkt** tätig sein zu können.

### Mobilität der Arbeitnehmer und Dienstleistungserbringer

Im TCA sind **drei Kategorien** von **geschäftlichen Aufenthalten** vorgesehen:

- **Kurzzeitige Geschäftsreisen:** Die Einreise von EU-Bürgern in das Vereinigten Königreich ist ohne Genehmigungen möglich, solange die zulässige Aufenthaltsdauer von bis zu 90 Tagen innerhalb von sechs Monaten nicht überschritten wird.
- Die **Erbringung vertraglicher Dienstleistungen und freiberuflicher Tätigkeit** ist nur mehr unter sehr **begrenzten Voraussetzungen** für bestimmte Bereiche möglich. (Bspw. Warten und Instandhaltung von Maschinen)
- **Unternehmensinterner Transfer** von Personen sowie die **Einreise zu Niederlassungszwecken** sind zulässig

Britische Bürger, die sich aus beliebigen Gründen (z.B. Arbeit, Forschung, Studium, Ausbildung) für einen **Zeitraum von mehr als 90 Tage** in einem EU-Mitgliedstaat aufhalten wollen, müssen sich dafür an die im EU-Recht und in den nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten festgelegten Bedingungen für die **Einreise** und den **Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen** halten.

### Entsendungen

Zu **Entsendungen** von Arbeitnehmern sind im Abkommen **keine Vorschriften** enthalten. Für Arbeitnehmer, der aus Österreich in das Vereinigte Königreich entsandt werden, müssen **Sozialversicherungsbeiträge im Vereinigten Königreich** entrichtet und britische Rechtsvorschriften eingehalten werden. Wie andere Mitgliedstaaten hat auch **Österreich** veranlasst, dass das **Entsendesystem** in seiner derzeitigen Form **für die kommenden 15 Jahre fortgeführt** werden soll.

Für die **temporäre Einreise** natürlicher Personen zu Geschäftszwecken gibt es Erleichterungen, um bestimmte Arbeitnehmer im Rahmen unternehmensinterner Versetzungen in einem verbundenen Unternehmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einzusetzen. **Unternehmensinterne Transfer** von Arbeitnehmern ist **eine vorübergehende Migration** und deswegen **auf drei Jahre begrenzt**. (ebenso UK -> EU).

### Anerkennung Berufsqualifikation

Im TCA findet sich **keine Regelung** über die gegenseitige Anerkennung von **Berufsqualifikationen**. Im Vereinigten Königreich erworbene Qualifikationen müssen Unionsbürger nach geltenden Vorschriften in den EU Mitgliedstaaten anerkennen lassen – und vice-versa. Die Vertragsparteien wollen **zukünftig für bestimmte Berufe zusätzliche Regelungen** für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinbaren.

### Finanzdienstleistungen

Im Rahmen des TCA sollen insbesondere **international vereinbarte Standards** im Finanzdienstleistungssektor in ihrem Gebiet umgesetzt und angewandt werden. Die Vertragsparteien haben sich jedoch das Recht vorbehalten, **aus aufsichtsrechtlichen Gründen neue Maßnahmen einzuführen oder aufrechtzuerhalten**.

Das „**Passporting**“ zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ist mit dem Austritt aus dem Binnenmarkt gefallen. Ein **britischer Finanzdienstleister** muss sich in einem **EU-Mitgliedstaat niederlassen**, um **Zugang** in den gesamten **EU Binnenmarkt** zu erhalten (und vice versa). Ohne eine Niederlassung ist der britische Finanzdienstleister auf bilaterale Einigungen hinsichtlich der Ausübung der Dienstleistung zwischen dem Vereinigten Königreich und dem jeweiligen Mitgliedstaat angewiesen und darf nur in dessen Staatsgebiet tätig werden.

Bis zum Abschluss des Abkommens konnte keine Einigung hinsichtlich Gleichwertigkeit gefunden werden. Die Parteien wollen **bis März 2021** eine Vereinbarung zur Schaffung eines Rahmens für die **Regulierungszusammenarbeit bei Finanzdienstleistungen** schließen.

## Digitaler Handel

Digitaler Handel bezieht sich auf **Handel** über elektronische Geräte sowie Bestimmungen zu **digitaler Authentifizierung, digitale Signaturen und Verträge**. Das Abkommen enthält Bestimmungen um **ungerechtfertigte Hemmnisse zu beseitigen** und damit den digitalen Handel zu erleichtern. Der **Schutz personenbezogener Daten** soll gewahrt bleiben. Hinsichtlich der Sicherstellung des Datenschutzes wird zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich weiterverhandelt.



## 7. Koordinierung der sozialen Sicherheit

Das **Abkommen gewährleistet** die **Koordinierung von Sozialleistungen**. Unionsbürger, die sich bereits vor 2021 im Vereinigten Königreich befanden, haben schon durch das **Austrittsabkommen** das Recht auf weiteren Verbleib inklusive Wahrung ihrer **Sozialversicherungsansprüche** gesichert. Im TCA sind Maßnahmen zur Koordinierung der sozialen Sicherheit enthalten, um die Ansprüche von EU-Bürgern, die sich nach dem 1. Jänner 2021 vorübergehend im Vereinigten Königreich aufhalten, dorthin umziehen oder dort arbeiten – und vice versa – abzusichern.

Außerdem wird **sichergestellt**, dass für jede Person zu einem bestimmten Zeitpunkt nur ein **einziges Regelwerk zur Anwendung** kommt und nicht doppelt Sozialversicherungsbeiträge zahlen oder sich außerhalb jeglichen rechtlichen Rahmens befinden würden.



## 8. Faire Wettbewerbsbedingungen

Im Abkommen wurden Vorschriften aufgenommen, um **Wettbewerbsverzerrungen** durch **Subventionen, wettbewerbswidrige Praktiken** oder **diskriminierendes und missbräuchliches Verhalten staatseigener Unternehmen** zu vermeiden. Damit sollen gleiche Ausgangsbedingungen für einen offenen und fairen Wettbewerb gefunden werden.

Für die **Durchsetzung** der Verpflichtungen zu gleichen Wettbewerbsbedingungen werden der **Streitbeilegungsmechanismus** und das **Expertengremium** eingesetzt. **Unilaterale Maßnahmen** können als **einstweilige Sanktionen** angewandt werden.

Im Falle **häufiger Verstöße** kann jede Vertragspartei **Ausgleichsmaßnahmen**, eine **Überprüfung des Handelsteils** oder anderer Teile des Abkommens verlangen, um ein **dauerhaft ausgewogenes Gleichgewicht** zwischen den **Verpflichtungen** aus dem Abkommen zu gewährleisten.



## 9. Beihilfenrecht

Damit **Beihilfen** gewährt werden können, müssen **bestimmte verbindliche Grundsätze** befolgt werden. Die Subventionen müssen **angemessen** und **verhältnismäßig** sein, einen Beitrag zu einem klar definierten Ziel von **öffentlichem Interesse** darstellen und staatliche Maßnahmen müssen zur **Behebung** eines **Marktversagens** notwendig sein. Ergänzend gibt es für **Schlüsselsektoren** oder **bestimmte Beihilfearten spezifische** verbindliche **Grundsätze**.

Die **Vertragsparteien** haben eine gemeinsame Erklärung auf **unverbindliche Grundsätze** für spezifische Subventionen iZm **Forschung und Entwicklung** sowie der **Förderung benachteiligter Gebiete** und Subventionen für den **Verkehrssektor** abgegeben. Diese soll als Richtschnur für **Weiterentwicklung** der Subventionsregelungen gelten.

Des Weiteren sind im TCA **Garantien für die interne Durchsetzung** enthalten. Dadurch kann die Einhaltung der allgemeinen Grundsätze von Wettbewerbern vor Gerichten überprüft werden. Gerichte sind damit befugt, über die Rückzahlung einer Subvention zu entscheiden. Jede Seite kann mit **unilaterale Abhilfemaßnahmen** (bspw. Wiedereinführung von Zöllen oder Kontingenten für bestimmte Waren), die **Gewährung von Subventionen**, die Handel oder Investitionen spürbar beeinträchtigt, sanktionieren.



## 10. Öffentliches Auftragswesen

Europäische Unternehmen können **gleichberechtigt** mit britischen Unternehmen an unter das Abkommen fallenden **Ausschreibungen teilnehmen** – und umgekehrt. Außerdem gilt **Nichtdiskriminierung** von EU-Unternehmen mit Sitz im Vereinigten Königreich (und vice-versa) bei **Aufträgen von geringem Wert** - unterhalb des Schwellenwerts des GPA (je nach Auftraggeber 139.000 bis 438.000 EUR und bei Bauleistungen 5,35 Mio. EUR).

Mögliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit Ausschreibungen sollen durch den **Sreitbeilegungsmechanismus** beigelegt werden.



## 11. Energie

Innerhalb des EU-Energiebinnenmarktes waren die Energiemärkte von EU und dem Vereinigten Königreich eng miteinander verflochten. Das **Vereinigte Königreich ist Energie-Nettoimporteur**. Die EU deckt derzeit rund 5-10 % der britischen Stromversorgung und 12 % des britischen Gasbedarfs. Der Energiehandel über Stromverbindungsleitungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wird zukünftig nicht mehr durch bestehende Binnenmarktinstrumente gesteuert (außer Nordirland). Das Vereinigte Königreich nimmt **nicht mehr** an **EU-ETS** teil und trat auch aus **Euratom** aus.



## 12. Luftfahrt und Straßenverkehr

Da das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil des Binnenmarkts ist, **haben britische Verkehrsunternehmen** ihre EU **Lizenz verloren**. Ab 2021 müssen alle Verkehrsunternehmen, die zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich befördern, sicherstellen, dass sie die jeweiligen Zertifizierungsanforderungen erfüllen.

Das Abkommen enthält **Bestimmungen**, um sicherzustellen, dass im **Wettbewerb** gleiche Ausgangsbedingungen herrschen und ein hohes Maß an **Verkehrssicherheit, Arbeitnehmer- und Fahrgastrechten** sowie **Umweltschutz** gewährleistet wird.

**Lastkraftwagen** aus dem Vereinigten Königreich dürfen in die EU gelangen und zurückkehren, auch wenn sie nicht beladen sind. EU-Spediteure, die eine Ladung in das Vereinigte Königreich befördern, können **zwei Kabotagebeförderungen** im Vereinigten Königreich durchführen, wodurch das Risiko verringert wird, dass sie ohne Ladung zurückkehren müssen. Das Abkommen sieht ferner **vollständige Transitrechte** durch das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Seite vor.



## 13. Teilnahme an EU-Programmen

Wenn es im Interesse der EU liegt, können Nicht-EU-Länder die Möglichkeit erhalten, sich unter klar definierten Bedingungen an EU-Programmen zu beteiligen. Die EU und das Vereinigte Königreich stützen die zukünftige Kooperation auf diesen bestehenden Rechtsrahmen für Drittstaaten.

Das Vereinigte Königreich wird weiterhin an **folgenden Programmen teilnehmen**: **Horizont Europa**, **Euratom**-Programm für Forschung und Ausbildung, **Copernicus** und Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (**SST**)

Ein **fairer** und **angemessener finanzieller Beitrag** wird durch Folgendes gewährleistet:

- Der **britische Beitrag** verhält sich **proportional zu** seinem **BIP**
- Zusätzlich ist eine **Teilnahmegebühr** für die **Verwaltung** des Systems zu entrichten
- **Horizont Europa**: Durch spezifische **Korrekturmaßnahmen** soll ein **ausgewogenes Verhältnis** zwischen **Beiträgen** und **Teilnahme** an Programmen gewährleistet werden.

### **Keine Teilnahme an Erasmus**

Drittländer, die sich an Erasmus beteiligen, müssen **uneingeschränkt** teilnehmen, um Synergien zwischen den verschiedenen Bereichen zu gewährleisten. Das Vereinigte Königreich beantragte allerdings nur eine **teilweise Teilnahme** an dem Programm. Da das **rechtlich nicht vorgesehen** war, entschied das Vereinigte Königreich sich ganz zurückzuziehen. Das Programm kam über 197.000 britischen Teilnehmern zugute.